

Verein der Freunde des Bayerischen Obersten Landesgerichts e.V.

Presseerklärung

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender

Ehrenpräsident der RAK München,
Rechtsanwalt Dr. Jürgen F. Ernst,

stv. Vorsitzender

Prof. Dr. Andreas Heldrich, ehem. Rektor
der LMU München,

Schatzmeister

Ehrenpräsident der Landesnotarkammer
Bayern, Notar a.D. Dr. Helmut Keidel

Schriftführer

Vorstandsmitglied des Münchener Anwalt-
vereins, Rechtsanwalt Dr. Alexander Klein

Bitte bei Antwort angeben:

Ihr Zeichen:

München,

29. September 2005

Bayerischer Verfassungsgerichtshof erklärt Aufhebung des Obersten Landesgerichts für verfassungsgemäß

In einer mit Spannung erwarteten Entscheidung hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof heute festgestellt, dass das Gesetz zur Aufhebung des Bayerischen Obersten Landesgerichts nicht gegen die Bayerische Verfassung verstößt. Die vom Verein der Freunde des Bayerischen Obersten Landesgerichts und von angesehenen bayerischen Juristen erhobene Popularklage hatte damit leider nicht den erhofften Erfolg. Wir bedauern, dass der Verfassungsgerichtshof trotz des Fehlens einer rechtzeitigen öffentlichen Diskussion und nach einem Gesetzgebungsverfahren, das allgemein als rechtlich fragwürdig empfunden wurde, das Gesetz gebilligt hat. Er hat damit dem Landtag einen außerordentlich weiten Ermessungsspielraum eingeräumt und sich deshalb nicht in der Lage gesehen, ein handstreichartig herbeigeführtes Ergebnis zu korrigieren, das der bayerischen Justiz schweren Schaden zugefügt hat.

Der Verein der Freunde des Obersten Landesgerichts wird sich künftig nicht nur für die Wiedererrichtung eines neuen Bayerischen Obersten Landesgerichts einsetzen, sondern er wird darüber hinaus - entsprechend seinen satzungsgemäßen Aufgaben - mehr denn je für eine möglichst gut ausgestattete, starke und effektive rechtsprechende Gewalt eintreten, weil nur so der Standortvorteil einer zuverlässigen, weit über Bayern hinaus anerkannten Rechtsprechung erhalten werden kann. Die mehr als 700 Mitglieder aus allen juristischen Berufszweigen und aus allen Teilen Deutschlands hoffen dabei auf die Unterstützung der Öffentlichkeit. Sie werden mit konstruktiven Vorschlägen dazu beitragen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die rechtsprechende Gewalt ihren Gemeinwohlauftrag im Freistaat Bayern in bestmöglicher Weise erfüllen kann.